

**Dieses ist der vollständige Text der gemeinsamen Erklärung des britischen Premierministers John Major und des irischen Regierungschefs Albert Reynolds; abgegeben am 15. 12. 1993:**

1. Der Taoiseach (der irische Regierungschef) Albert Reynolds und der (britische) Premierminister John Major erkennen an, daß das dringendste und wichtigste Problem, mit dem die Menschen in Irland – im Norden wie im Süden – ebenso wie die britische und die irische Regierung konfrontiert sind, darin besteht, die Ursachen für den Konflikt zu beseitigen, das Erbe der Geschichte und die daraus erwachsenen Gegensätze zu überwinden – in Anerkennung der Tatsache, daß das Fehlen einer dauerhaften und zufriedenstellenden Regelung der Beziehungen zwischen den Menschen auf beiden Inseln zur Tragik und zum Leiden beigetragen hat. Sie sind der Ansicht, daß die einvernehmliche Schaffung von Rahmenbedingungen für einen dauerhaften Frieden, wie sie seit Anfang letzten Jahres diskutiert werden und die darüber hinaus auf einer Reihe von Grundprinzipien aufbauen, die von den beiden Regierungen im Verlauf der letzten zwanzig Jahre aufgestellt wurden, zusammen mit der Annahme anderer weithin akzeptierter Grundsätze den Ausgangspunkt für einen Friedensprozess darstellen, der zu einer politischen Lösung führen soll.

2. Der Taoiseach und der Premierminister sind von dem unschätzbaren Wert überzeugt, den eine Beilegung der Trennungen in Irland und die Beendigung des Konfliktes, der so offenkundig zum Schaden aller gewesen ist, für beide Völker und vor allem für die nächste Generation hat. Beide erkennen an, daß eine Beendigung des Konfliktes nur durch die Zustimmung und Mitarbeit der Menschen im Norden und im Süden, die die beiden Traditionen in Irland repräsentieren, zustandekommen kann. Daher verpflichten sich beide, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen, basierend auf den Grundsätzen, Garantien und Verpflichtungen aus internationalen Abkommen voranzutreiben, an die sich beide gebunden fühlen. Dieses gilt auch für die Garantien, die jede Regierung eingeräumt hat und die sie jetzt bekräftigen, einschließlich der gesetzlichen Verfassungsgarantie für Nordirland. Es ist ihr Ziel, Verständigung und Aussöhnung zu fördern, die zu neuen politischen Rahmenbedingungen führen sollen, basierend auf Zustimmung und umfassenden Maßnahmen innerhalb Nordirlands, für die gesamte irische Insel sowie zwischen diesen Inseln.

3. Sie berücksichtigen auch, daß die Entwicklung Europas an sich neue Ansätze erfordern wird, um den gemeinsamen Interessen beider Teile der irischen Insel als auch Irlands und des Vereinigten Königreichs als Partnern in der Europäischen Union zu dienen.

4. Im Namen der britischen Regierung bekräftigt der Premierminister, daß diese den demokratischen Wünschen einer Mehrheit der Menschen in Nordirland entsprechen wird in der Frage, ob sie einen Verbleib bei Großbritannien oder ein unabhängiges, vereinigtes Irland vorziehen. Auf dieser Grundlage betont Major im Namen der britischen Regierung erneut, daß diese keine eigennützigen strategischen oder wirtschaftlichen Interessen an Nordirland hat. Ihr vordringliches Interesse besteht in der Schaffung von Frieden, Stabilität und Aussöhnung durch eine Übereinkunft aller Menschen auf der Insel, und sie wird zusammen mit der irischen Regierung auf eine solche, die Gesamtheit aller Beziehungen umfassende Übereinkunft hinarbeiten. Die Rolle der britischen Regierung wird darin bestehen, die Schaffung eines solchen Abkommens in absehbarer Zeit durch fortwährende Gespräche und Zusammenarbeit, in der vollen Anerkennung der Rechte und der Identität beider Traditionen in Irland zu ermutigen, zu vereinfachen und zu ermöglichen. Sie gehen davon aus, daß eine solche Übereinkunft rechtlich gesehen die Form von gemeinsamen Strukturen für die irische Insel insgesamt haben kann, einschließlich eines auf friedlichem Wege vereinten Irlands – auf der folgenden Grundlage: Die britische Regierung erkennt an, daß allein die Menschen auf der irischen Insel durch ein entsprechendes beiderseitiges Einverständnis ihr Recht auf Selbstbestimmung auf der Basis freier und gemeinschaftlicher Entscheidung ausüben können, um ein vereintes Irland zu schaffen, falls dies ihr Wunsch ist. Sie erklären verbindlich, daß sie für ihren Teil die notwendigen Gesetze einführen werden – zur Umsetzung dieser Bedingungen oder gleichermaßen jedweder Übereinkünfte über die zukünftigen Beziehungen in Irland, die die Menschen in Irland so ohne äußere Einmischung selbst entscheiden können. Die britische Regierung ist der Überzeugung, daß die Menschen in Großbritannien beiden Seiten gleichermaßen wünschen, den Menschen in Irland ein Übereinkommen zu ermöglichen darüber, wie sie harmonisch und partnerschaftlich miteinander leben können, unter Respektierung ihrer unterschiedlichen Traditionen und mit voller Anerkennung der besonderen Bindungen und der einzigartigen Beziehungen, wie sie zwischen den Völkern Großbritanniens und Irlands existieren.

5. Im Namen der irischen Regierung weist der Taoiseach darauf hin, daß die Erfahrungen aus der irischen – insbesondere der nordirischen – Geschichte zeigen, daß Stabilität und Wohlergehen nicht in einem politischen System gefunden werden können, dem eine bedeutende Minderheit jener, die von ihm regiert werden, die Zustimmung verweigern oder es aufgrund ihrer Identität ablehnen. Deshalb wäre jeder Versuch, ein vereinigtes Irland ohne die frei gegebene Zustimmung einer Mehrheit der

nordirischen Bevölkerung zu schaffen, falsch. Er erkennt im Namen der irischen Regierung an, daß das demokratische Recht zur Selbstbestimmung für die Menschen in Irland insgesamt erreicht und angewandt werden und abhängig von der Zustimmung und dem Einverständnis der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung sein muß und vereinbar mit Recht und Gerechtigkeit, die demokratische Würde, die Bürgerrechte und die religiösen Freiheiten beider Seiten respektieren, einschließlich

- des Rechts freien politischen Denkens;
- des Rechts auf Religionsfreiheit und freie Religionsausübung;
- des Rechts, nationale und politische Ziele auf demokratischem Wege zu verfolgen;
- des Rechts, auf friedlichem und gesetzlichem Wege Verfassungsänderungen anzustreben;
- des Rechts, den Ort, an dem man leben möchte, ohne Einschränkungen frei wählen zu können;
- des Rechts auf Chancengleichheit in allen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, ohne Ansehen von Klasse, Glauben, Geschlecht und Hautfarbe;

Diese Rechte müßten sich in allen zukünftigen politischen und verfassungsmäßigen Vereinbarungen widerspiegeln, die aus einem neuen und breiter angelegten Abkommen erwachsen.

6. Der Taoiseach erkennt jedoch die tiefgreifenden Schwierigkeiten und Barrieren für den Aufbau von Beziehungen und Vertrauen sowohl in als auch außerhalb Nordirlands an, unter denen beide Traditionen leiden. Er wird auf eine neue Ära des Vertrauens hinarbeiten, in der Mißtrauen gegenüber den Motiven oder Handlungen anderer in beiden Gruppen beseitigt wird. Er ist sich bewußt, daß die Zukunft der Insel von dem Zustand der Beziehungen zwischen den beiden Traditionen abhängt. Es muß jede Anstrengung im Hinblick auf eine Vertrauensbildung zwischen den beiden Gemeinschaften unternommen werden. In Anerkennung der Ängste in der unionistischen Gemeinschaft und als Zeichen seiner Bereitschaft, persönlich zum Aufbau dieses notwendigen Vertrauens beizutragen, wird der Taoiseach zusammen mit seinem Amt alle Elemente der demokratischen Lebens- und Organisationsbereiche im irischen Staat untersuchen, die der irischen Regierung im Verlauf politischer Gespräche als eine reale und grundlegende Bedrohung ihres Lebensstils und ihrer ethischen Grundsätze vorgestellt werden oder die sich als nicht uneingeschränkt vereinbar mit einer heutigen pluralistischen Gesellschaft herausstellen könnten, und er wird jeden möglichen Weg zur Ausräumung solcher Hindernisse abzuklären versuchen. Eine solche Untersuchung würde natürlich in angemess-

sener Weise den Wunsch berücksichtigen, jene überlieferten Werte zu erhalten, die weithin auf der Insel geteilt werden oder die zu den kulturellen und historischen Wurzeln der Menschen auf dieser Insel in all ihrer Verschiedenheit gehören. Der Taoiseach hofft, daß sich mit der Zeit ein Übereinstimmen von Fühlen und Denken entwickeln wird, das alle Menschen in Irland zusammenbringt, und er wird auf dieses Ziel hinarbeiten, aber er versichert für die Zwischenzeit, daß als ein Ergebnis der Bemühungen um gegenseitiges Vertrauen kein Unionist für die Zukunft zu fürchten hätte, dieses Ideal würde mittels Droh- oder Zwangsmaßnahmen verfolgt.

7. Beide Regierungen akzeptieren, daß die Einheit Irlands nur von denen herbeigeführt werden kann, die dieses Ziel befürworten, indem sie diejenigen, die dies nicht tun, auf friedlichem Wege und ohne die Anwendung von Zwang oder Gewalt überzeugen, und daß, falls eine Mehrheit der Menschen in Nordirland in der Zukunft dieser Überzeugung sein sollten, beide Regierungen ihren Wunsch unterstützen und durch Gesetze Nachdruck verleihen werden. Aber ungeachtet der nachdrücklichen Bekräftigung beider Regierungen im Anglo-Irischen Abkommen, daß jedwede Änderung des Status von Nordirland nur mit der Zustimmung einer Mehrheit der nordirischen Bevölkerung geschehen kann, erkennt der Taoiseach auch die fortwährenden Unsicherheiten und Befürchtungen an, die so weitgehend die Einstellung der Unionisten im Norden gegenüber dem Rest Irlands bestimmen. Er ist der Meinung, daß wir einen Punkt in unserer Geschichte erreicht haben, an dem die tiefgehenden Gefühle aller Traditionen im Norden erkannt und akzeptiert werden müssen. Er appelliert an beide Traditionen, jetzt die Gelegenheit zu einem Neuanfang zu ergreifen, der vielversprechende Aussichten für unser aller Leben und für die kommenden Generationen hätte. Er bittet die Menschen in Nordirland, die Menschen in der Republik Irland als Freunde anzusehen, die ihre Trauer und Scham über all das Leiden des letzten Vierteljahrhunderts teilen, und die den Wunsch haben, die bestmöglichen Beziehungen zu ihnen zu entwickeln, Beziehungen, in denen Vertrauen und neues Verständnis gedeihen und wachsen können. Der Taoiseach geht ebenfalls zu, daß in der Verfassung der Republik Elemente enthalten sind, die tiefen Unmut bei den nordirischen Unionisten hervorrufen, die allerdings gleichzeitig Hoffnungen und Ideale widerspiegeln, die vielen irischen Männern und Frauen sehr viel bedeuten, sowohl im Norden als auch im Süden. Da wir uns aber auf eine neue Ära des Verständnisses zubewegen, in der neue Vertrauensbeziehungen wachsen und Frieden auf die irische Insel bringen können, glaubt der Taoiseach, daß die Zeit gekommen ist, gemeinsam zu überlegen, wie die Hoffnungen und die Identität aller am

besten und in ausgewogenerer Weise ausgedrückt werden können, so daß sie nicht länger Gegensätze und den von ihm angesprochenen Mangel an Vertrauen hervorbringen. Er bekräftigt, daß die irische Regierung im Fall einer umfassenden Lösung Vorschläge für eine Änderung der irischen Verfassung als Teil einer ausgewogenen verfassungsmäßigen Übereinkunft vorlegen und unterstützen werde, die in vollem Umfang im Einklang mit dem Grundsatz des Einverständnisses in Nordirland stehen.

8. Der Taoiseach erkennt die Notwendigkeit eines Dialoges an, der den Ängsten aller Traditionen offen und ehrlich gegenübertritt. Dieser Dialog muß jedoch – sowohl im Norden als auch zwischen den Menschen und ihren Repräsentanten in beiden Teilen Irlands mit der Erkenntnis eingegangen werden, daß die zukünftige Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen auf der Insel von einer offenen, aufrichtigen und ausgewogenen Herangehensweise an alle Probleme abhängen, die schon zu lange für die Trennung verantwortlich sind.

9. Die Regierungen Irlands und Großbritanniens werden sich zusammen mit den nordirischen konstitutionellen Parteien in einem Prozeß politischen Dialogs dafür einsetzen, Institutionen und Strukturen zu schaffen, die es den Menschen in Irland ermöglichen, in allen Bereichen von gemeinschaftlichem Interesse zusammenzuarbeiten. Dieses wird dazu beitragen, mit der Zeit das notwendige Vertrauen für die Beendigung der Trennungen aus der Vergangenheit aufzubauen, und wird zu einer einigen und friedlichen Zukunft führen können. Solche Strukturen würden natürlich die institutionelle Anerkennung der besonderen Bindungen einschließen, die zwischen den irischen und dem britischen Volk als Teil der gesamten Beziehungen existieren, gleichzeitig wird den neu geschaffenen Verbindungen mit dem übrigen Europa Rechnung getragen.

10. Die Regierungen Irlands und Großbritanniens wiederholen, daß die Erlangung des Friedens ein endgültiges Ende der Anwendung paramilitärischer Gewalt oder ihrer Unterstützung einschließen muß. Sie bekräftigen, daß – unter den o.a. Bedingungen – Parteien mit einem demokratischen Mandat, die sich für die Anwendung ausschließlich friedlicher Methoden verbürgen und die bewiesen haben, daß sie am demokratischen Prozess festhalten, die uneingeschränkte Möglichkeit haben, an einer demokratischen Politik teilzuhaben und sich zu gegebener Zeit am Dialog zwischen den Regierungen und den politischen Parteien auf dem Weg nach vorn zu beteiligen.

11. Die irische Regierung wird innerhalb ihrer Rechtsprechung eigene Vorkehrungen treffen, um demokratischen Parteien gemeinsame Konsultatio-

nen zu ermöglichen und sich am Dialog über die politische Zukunft zu beteiligen. Es ist Absicht des Taoiseach, daß diese Vereinbarungen in Absprache mit anderen Parteien die Einsetzung eines „Forum for Peace and Reconciliation“ einschließen könnten, um Empfehlungen über Wege aussprechen zu können, über die Zustimmung und Vertrauen zwischen beiden Traditionen in Irland vorangetrieben und etabliert werden können.

12. Der Taoiseach und der Premierminister sind entschlossen, geleitet vom leidenschaftlichen Wunsch beider Völker, alte Ängste und Feindseligkeiten durch ein Klima des Friedens ersetzt zu sehen. Sie sind davon überzeugt, daß die von ihnen ausgearbeiteten Rahmenbedingungen den Menschen in Irland – im Norden wie im Süden und ganz gleich, zu welcher Tradition sie gehören – die Grundlage für den Entschluß bieten, daß die Gegensätze zwischen ihnen von nun an verhandelt und mit ausschließlich friedlichen Mitteln aufgelöst werden können. Sie appellieren an alle Beteiligten, die Gelegenheit eines Neubeginns zu ergreifen. Ein solcher Schritt würde weder eine Position noch ein Prinzip angreifen noch die Zukunft einer der beiden Seiten in Frage stellen. Er könnte im Gegenteil einen unvergleichlichen Gewinn für alle darstellen. Er würde in entscheidender Weise den Kreislauf der Gewalt und des unerträglichen Leidens, das dies für die Menschen beider Inseln und insbesondere für die beiden Gruppen in Nordirland zu Folge hat, aufbrechen. Ein solcher Neubeginn würde auch mittels der Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Zusammenarbeit auf der Insel alle Möglichkeiten, Wohlstand und gegenseitiges Verständnis zu erreichen, ausschöpfen. Er würde die Aussichten, auf den bereits in den Gesprächen erzielten Fortschritten aufzubauen, erhöhen – unter Einbeziehung der beiden Regierungen und der verfassungsgemäßen Parteien in Nordirland. Der Taoiseach und der Premierminister glauben, daß diese Vereinbarungen die Chance bieten, die Grundlagen für eine friedlichere und harmonischere Zukunft zu garantieren, frei von der Gewalt und den bitteren Spaltungen, die ihre Narben bei der vorherigen Generation hinterlassen haben. Sie machen es sich und ihren Regierungen zur Aufgabe, die Zusammenarbeit mit Blick auf dieses Ziel beharrlich fortzusetzen.

*Diese – absolut inoffizielle – Übersetzung wurde von der Redaktion in langen, mühevollen, schweren und nervenzehrenden Nachtstunden angefertigt. Für mögliche und unmögliche Fehlritte in der diplomatischen Terminologie bitten wir um Vergebung.*

*P.S. Der englische Text läßt sich übrigens auch nicht besser lesen ...*